Anfrage der SPD vom 7.02.2017 zum Tagesordnungspunkt 7 „Weiterentwicklung der Ratsbeschlüsse zu den Flüchtlingsunterkünften in der Stadt Meerbusch“ in der Ratssitzung am 16.02.2017

1. Welche Wohnberechtigungsansprüche haben die 118 mit Anerkennungsstatus?

Flüchtlinge mit Anerkennungsstatus (Aufenthaltstitel) haben einen Anspruch auf einen Allgemeinen Wohnberechtigungschein (WBS) mit einjähriger Gültigkeit in ganz NRW. Hat die Bezirksregierung eine Wohnsitzzuweisung erteilt, ist der Allgemeine WBS auf die entsprechende Gemeinde beschränkt zu erteilen.

2. Welche Wohnberechtigungsansprüche haben die 102 Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive?

Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive haben erst einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungschein, wenn eine Anerkennung (BAMF) vorliegt.

3. Wie hoch ist der Anteil der allein reisenden Flüchtlinge?

Kommen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten wie Syrien oder Nordafrika ist der Anteil der allein reisenden Flüchtlinge mit über 70% sehr hoch. Aus Gebieten wie dem Iran oder Irak, bei denen eine gemeinsame Flucht mit der Familie möglich ist, liegt der Anteil der allein reisenden Flüchtlinge bei rd. 50%.

In Meerbusch liegt durch die Unterbringung von Familien in der Fröbelstraße der Anteil der allein reisenden männlichen Flüchtlinge derzeit bei rd. 48%, Familien bei 47% und allein reisende Frauen bei 5 %.

4. Wie hoch wird der Anteil von potentiellen Familiennachzügen gesehen?

Durch das Asylpaket II werden syrische Flüchtlinge nicht mehr als Flüchtlinge aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. Damit wird jeder syrische Asylantrag wieder individuell durch Anhörung geprüft und verstärkt der subsidiäre Schutz zugesprochen. Für subsidiär Schutzberechtigte ist der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt. Dies betrifft nach [§ 104 Abs. 13 Aufenthaltsgesetz](#) alle Personen, die nach dem 17. März 2016 einen subsidiären Schutz zuerkannt bekommen haben und gilt bis zum 16. März 2018. Dies hat zur Folge, dass der originäre Familiennachzug zurückgegangen ist. Die Familien versuchen derzeit ihren anerkannten Familienangehörigen nachzureisen, indem sie selbst Asyl beantragen.

In 2016 gab es in 11 Fällen einen Familiennachzug (teilweise auch über eigenes Asyl). Insgesamt reisten 26 Personen ihren Familienmitgliedern nach.

5. Können die Grundrisse an der Moerser Straße und der Rottstraße modular gestaltet werden?

Die Grundrisse sehen in der Rottstraße 6 Wohnungen mit 2 Zimmern mit ca. 52qm und 12 Wohnungen mit 3 Räumen zwischen 69qm bis 74qm vor. In der Moerser Straße sind 8 WE mit 2 Zimmern - davon 6x mit ca. 60qm, 1x 52qm, 1x 56qm - vorgesehen. Die Gestaltung der Wohnräume entspricht dem erwarteten Bedarf.

6. Wie kann das Angebot von Wohnraum auf die prognostizierten Ansprüche abgebildet werden?

Die Wohnungen stehen für die Anmietung von Personen mit Wohnberechtigungsschein zur Verfügung, dies können Flüchtlinge oder sonstige Berechtigte mit WBS sein. Weiterhin stellt der Bauverein darüber hinaus 8 WE aus ihrem sonstigen Wohnbestand für die Unterbringung von Flüchtlingen, die noch nicht anerkannt sind, zur Verfügung.

7. Wäre die Förderung nach Umstellung auf Mietwohnungsbau weiterhin eine mittelbare Förderung?

Das Wohnbauprojekt Moerser Straße erfolgt in unmittelbarer Förderung. Entsprechend §26 (1) Satz 1 WoFG erfolgt die Ausübung der Belegungsrechte unmittelbar in den geförderten Wohnungen.

Zum Wohnbauprojekt Rottstraße steht die Verwaltung im Gespräch mit dem Bauträger.